INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

13. September 1990

3. Oktober 1990:

Was fällt, das soll man auch noch stoßen.

Nr. 115

Der 3.Oktober -Tag des Anschlusses- wirft seinen Schattem voraus. Daß und wie es möglich ist, die "Brot und Spiele"-Inszenierung der Herrschenden zu stören, haben der 1.Mai 87, die IWF-Aktionstage, das Pfeifkonzert beim Absingen der Nationalhymne vor dem Schöneberger Rathaus oder die Phantomenalen Tage in Hamburg gezeigt. Außer der Sprengung des Brandenburger Tors haben wir bis jetzt zwar auch noch keine zündende Idee, aber es bleiben ja noch knappe 3 Wochen, diesen Tag vorzubereiten. An dieser Stelle des Vorworts folgt üblicherweise der Appell an euch, sich an der Vorbereitung zu beteiligen - das steht aber schon viel besser auf der nächsten Seite: FÜR DEN WIEDERZUSAMMENBRUCH.

Aus Platzgründen haben wir viele Texte und Flugis verschoben bzw. in den Ordner gepackt. Einige Entscheidungen wollen wir hier begründen.
Das Papier "Wunsiedel-ein weiterer Beweis für die Schwäche der Nazis" ist aus inhaltlichen Gründen im Ordner gelandet. Texte, in denen derart gedankenlos sexistische Begriffe, bzw. Begriffe die genau so von Nazis benutzt werden wie Nazibrut und Gesindel, werden wir auch in Zukunft nicht abdrucken.
Ds
Das Papier "Zu dem Konflikt zwischen H.G. + (Teilen) des Kollektivs der M99" drucken wir nicht ab, weil wir ziemlich sauer sind. Von diesem Flugblatt gab es eine erste Version, in der behauptet wurde, daß H.G. Aussagen bei den Bullen gemacht hat. Das ist falsch und es ist eure Pflicht euren Irrtum nicht nur uns gegenüber sondern öffentlich richtig zu stellen., zumal die erste Version des Flugblatts öffentlich ausgelegt wurde. Zudem finden wir eure Darstellung des Konflikts zu ungenau, können auf dieser Grundlage eure Schlußfolgerung nicht nachvollziehen und finden sie <u>so</u> falsch. Uns ist aber auch klar, daß uns dadurch, daß wir über die Veröffentlichung eines solchen Flugis entscheiden müssen, eine besondere Rolle zuwächst, die wir eigentlich gar nicht einnehmen wollen. Konflikte, wie der zwischen euch und H.G. oder auch wie sie im Papier über die "Antifa-Führungsclique" beschrieben werden, lassen sich über die Interim weder nachvollziehbar austragen noch befriedigend lösen, da vieles nicht öffentlich gesagt werden kann. Die öffentliche Isolierung einer Person oder Gruppe kann nur das letzte Mittel sein (wie z.B. beim Knipselkrant und der UG). Deshalb erwarten wir auch, daß damit genau und verantwortlich umgegangen wird.

In der letzten konkret ist der offene Brief des Infobüro für Gefangene in Hamburg an die in der DDR festgenommenen EX-RAF-Mitglieder abgedruckt worden. Wir wurden vom Infobüro gebeten den Brief nachzudrucken, da es vermehrt Kritik an ihm gibt und er breiter diskutiert werden soll. Aus Platzgründen haben wir ihn rausgelassen, ihr müßt also in der September-konkret nachschauen.

Am 17.9. beginnt vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozeß gegen Udo H. und Frauke S.. Die Anklage wirft ihnen vor, am 30.11.88 zusammen mit 50 weiteren Personen die "Tätigkeit der Bürgerschaft behindert und gestört zu haben." Der § 106b sieht für "Störung eines Gesetzgebungsorgans" Geldstrafen oder Knast bis zu einem Jahr vor. Der Rathausbesuch fand am zweiten Verhandlungstag im 129a-Prozeß gegen Fritz Storim statt und war Ausdruck der großen Wut und breiten Mobilisierung gegen den Gesinnungsprozeß. Das ausführliche Flugi zum Prozeß liegt im Ordner.

In den letzten zwei Wochen haben wir mehrere Presseerklärungen und Resolutionen über eine Auseinandersetzung innerhalb der Irren-Offensive bekommen. Sie geben aber jeweils nur Teile der Auseinandersetzung wieder, sodaß wir nicht viel mit ihnen anfangen konnten.
Noch einige Worte zu dem Redebeitrag der Gesundheitsinitiative Frankfurt/Main, der im Ordner liegt:
Wir bestreiten weder die Aktualität, noch die notwendige Auseinandersetzung mit Themen wie "Krankheit","Gesundheit", ihrer Bedeutung im Kapitalistischen Verwertungsprozeß und unserem eigenen Umgehen damit.
Doch leider beschränkt ihr euch auf ein stichwortartiges Zusammenfassen auf 1 Seite. Was für einen Redebeitrag ausreichen mag, aber als Anregung zum Drübernachdenken doch allzuviel bekanntes enthält.
Damit der Termin im Papierwust nicht untergeht: heute abend 20.00 findet eine VV zum Konflikt im "Nahen Osten" statt (dazu findet ihr auch zwei Texte im Heft).

Bestellungen, Texte usw. bis nächsten Montag an Interim, Gneisenaustr.2a 1/61
Die Interim erscheint ab jetzt wieder wöchentlich!

im Ordner:
"Kurzbericht" zur Besetzung des Europa-Centers; Ost-West-Kulturbeutel; Infos zur Verhaftung einer Französin (Eve Florence Demaziere) in Honduras; Amnestie-Appell; "Erziehung - Was ist das?"; Papiere um eine Auseinandersetzung in einem Friseursalon; der "StaSi geht um" in Dortmund; Flugi zum Prozess gegen Udo und Frauke in Hamburg; "Palästina Spendenaktion"; Einladungspapier zur Vorbereitung eines Aktionstages zu dem Hungerstreik in Spanien (zeitlich vorbei); "Selbstkritik und grundsätzliche Überlegungen" zu einer Aktion in Zürich.

Verschoben: "egin"; "autonomus marxistus"; Diskussionspapier zur letzten Ausgabe der z.k.; Brief von D.Wurm; Neue Infos zu Shell und Biotechnologie; sowie ein 19 seitiges Papier zur UdSSR und ein 33 seitiges Papier zu Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus.

INHALTSVERZEICHNIS:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

AUFRUF ZUM AKTIONSTAG AM 3. OKTOBER 1990

Am 3. Oktober ist der DDR - Beitritt und damit der erste Tag "Gesamtdeutschlands" .An diesem Tag soll die Bevölkerung jubeln,Feste feiern und Dankgottesdienste aufsuchen, meint jedenfalls das Bundeskanzleramt.
Für uns ein Tag zum sich zurückziehen und vor-sich-hintrauern?Oder eine Gelegenheit,am ersten "gesamtdeutschen" Tag zu zeigen,daß wir uns nicht geschlagen gegeben haben, nach dem Motto:"Jetzt erst recht !" ?

Seit einem Jahr sehsn wir den außergewöhnlichen Ereignissen machtlos zu;wir waren nicht in der Lage,dem Wiedervereiterungsgeschwafel,dem Ausverkauf der DDR,der AusländerInnenfeindlichkeit,dem erstarkten Nationalismus usw. etwas wirkungsvolles entgegenzusetzen.Das undere Befürchtungen jetzt eintreten,ist schlimm.
Aber es hat den (kleinen) Vorteil,daß wir unsere Kräfte nicht mehr für den Versuch verbrauchen,eine längst beschlossene Sache zu verhindern.Wir haben jetzt die Gelegenheit,unsere Ziele neu zu stecken und vielleicht mit neuer Kraft gegen den ganzen nationalistischen,sexistischen und rassistischen Rotz zu kämpfen.
Das klingt zwar etwas hochgestochen,aber der 3.10.könnte dafür ein Anfang sein:Trauerbeflaggung,Sprühaktionen,Anschläge,vielleicht sogar Demos und/oder riots...
also daß Alle,die diesem Einheitsscheiß etwas entgegensetzen wollen,auf den Beinen sind;daß an diesem Tag andere Stimmen laut werden als die staatlich Verordnete; daß gezeigt wird,daß es Menschen gibt,die sich absolut nicht mit der Entwicklung,in der wir uns befinden,abfinden wollen.

LASST UNS DEN GUTEN DEUTSCHEN IHRE EINIGUNGSSUPPE VERSALZEN !

Wenn wir es schaffen,am 3.10.unsere Lähmung,die wir z.B. beim Weltmeisterschaftsjubel gezeigt hatten,zu durchbrechen und auf den Putz zu hauen,könnte uns das die power geben,die wir z. B. für die geplante Aktionswoche Anfang November brauchen werden.

FÜR DEN WIEDERZUSAMMENBRUCH

weiterverteilen - diskutieren - handeln



UNSA BLEIBT UNSA – ABER DAS IST LÄNGS NICHT ALLES!!

1989 gab es in Westberlin weit über 50 Hausbesetzungen, soviel, wie seit Anfang der 80er nicht mehr. Wohnraumspekulation, Mietwucher, Umstrukturierungder Kieze, wurde durch Aktionen, Demos etc..breit Thematisiert und angegriffen.
Zum MieterInnenkampf wurden zahlreiche Initiativen gestartet. Auf Häuserräumungen folgten Demos, Besetzungsaktionen etc. Auf jeden Fall jede Menge Action...
Doch Versuche einer breiteren inhaltlichen und politischen Bestimmung der "Bewegung", einer effektiven Vernetzung scheiterten. Die Strukturen waren vor allen Dingen sehr kurzlebig und fast ausschließlich praxisbezogen. (was teilweise sehr gut und effektiv war). Spätestens seit der Räumung der Sylterstraße im November wurde aber die ziemliche Erfolglosigkeit der "neuen Bewegung" in Westberlin deutlich. Fast alle Hausbesetzungen wurden von den Bullen sofort wieder abgeräumt, die Distanz zur Bevölkerung konnte fast nie aufgehoben werden.
Die neuen Strukturen zerfielen wieder und beschränken sich jetzt auf die verbliebenen besetzten Häuser und auf einige Initiativen, wie z.B. die Werra-BlockerInnen. Gleichzeitig sahen viele Leute nach def Maueröffnung eine neue Perspektive für sich im Leerstand in Berlin-Hauptstadt. Besonders im Bezirk Friedrichshain wurden zahlreiche Häuser von WestberlinerInnen besetzt. Die Westberliner Szene entlüftete ihren Druck gen Osten.

Die March, die Lübbi, der Erkel und die Nostiz sind nicht nur Wohnraum für über 220 Menschen, ihre Strukturen sind auch wichtig für viele anderen Zusammenhänge, wie Stadtteil-, Antifa-, Knast-, und internat. Gruppen, wie auch für Neubesetzungen. Ihre Existenz ist ein Hindeßniß für ihre Umstrukturierungspläne.
Die permanenten Angriffe auf die besetzten Häuser, wie Faschoangriffe, permanenter Bullenterror, Durchsuchungen, bis hin zu Räumungen, machen nicht nur den BesetzerInnen das Leben schwer, sondern sind permanente Angriffe gegen uns alle.
Diesen Angriffen müssen wir gemeinsam begegnen, und zum permanenten Gegenangriff übergehen. Der Preis, den die Herrschenden zahlen sollen, muß in die Höhe getrieben werden.
Das heißt, immer wieder gemeinsam auf die Straße gehen;das heißt, die Verantwortlichen zu finden und auf jede erdenkliche Art und Weise zur Verantwortung zu ziehen.
Laßt uns gemeinsam unsere Wut gegen sie wenden, sie sollen alles teuer bezahlen

Unser erster Vorschlag dazu ist:
Nach jeder Durchsuchung, nach jeder R Räumung, nach jedem Angriff eine VV. Nach jeder Neubesetzung möglichst auch ne VV. Die Leute in den Häusern (und nicht nur die) sind aufgerufen sich schon vorher Gedanken zu machen, damit wir auf der VV schnell und effektiv eine angebrachte Antwort finden können.
See you on the barricades!

Häusertreffen Westberlin

NACH RÄUMUNG:



Umstrukturierung der Szene?

Seit Mai 1990 ziehen verstärkt Leute aus dem Westteil der Stadt in die leeren oder schon besetzten Häuser Ostberlins. Ausgelöst wurde dies durch eine Einladung ostberliner BesetzerInnen ende April. Wir als ehemalige WestberlinerInnen haben diese Entwicklung befürwortet und selber mitgemacht.
Doch die Vorwürfe in Westberlin mehren sich, wir würden durch unser Vorgehen die westberliner Szene schwächen. Viele aktive Leute, ganze Zusammenhänge seien nun mit der Organisierung und Verteidigung der Häuser beschäftigt und im Westen nicht mehr aktiv. Sogar die Befürchtung, Kreuzberg werde -nach dem Abriß seines Schutzwalls- von vielen Autonomen GenossInnen aufgegeben, macht die Runde.

Wir meinen, daß dabei jedoch einige Faktoren übersehen werden, dei wir hier zu bedenken geben wollen. Zum einen ist -zumindest bei uns- ein großteil der Leute vor der Besetzung noch nicht oder nicht mehr politisch aktiv gewesen. Dies hat sich seit der Besetzung geändert, ein rasanter Politisierungsprozess hat bei vielen Leuten eingesetzt. Das ist vor allem auf das Aufbrechen der Vereinzelung und Resignation der Leute zurückzuführen, wofür in den Häusern ideale Bedingungen existieren. Dutzende von neuen Zusammmenhängen sind so entstanden.

Zum anderen war es nie unsere Absicht aktive Gruppen von ihrer Arbeit abzuhalten und nach Ostberlin zu holen. Vielmehr halten wir das für gefährlich. Wenn sich aber ein Zusammenhang entschließt, Westberlin zu verlassen, so ist das der Diskussionsprozess und die Entscheidung dieser Leute, wofür die Ostberliner HäuserInnen nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Perspektivlosigkeit einiger Gruppen in Kreutzberg kann nicht der BesetzerInnenbewegung Ostberlins vorgeworfen werden.
Es stimmt zwar, daß es um vieles leichter ist, im Ostteil statt im Westteil Häuser zu besetzen, und das das die Wohnungsnot der Szene auf Dauer nicht lösen wird. Ein Ausweichmanöver gegenüber einem übermächtigen Feind ist jedoch nicht immer ein Fehler. denn mit dieser neuen BesetzerInnenbewegung entsteht für den Magistrat (und spätestens am 3. Oktober auch für den Senat) ein nur schwer einschätzbares und gefährliches Wiederstandspotential gegen seine Wohnungs- und Mietenpolitik. Die Gefahr neuer Autonomer Zentren im Ostteil der Stadt, die Möglichkeit, daß die Wohnungsnot im Ost und West, angesichts der begrenzten Mittel des Senats, in Protest und Wiederstand umschlägt steigt von Monat zu Monat. Wenn wir es schaffen, die Koordination zwischen West- und Ostberliner BesetzerInnen und Mietengruppen zu verbessern und gemeinsam die Häuser durchzusetzen, könnte könnte damit auch in Westberlin eine neue Stärke entstehen der`berliner linie' das Fundament wegzusprengen.
Für viele Leute hier bedeutet besetzen aber auch nach vielen Monaten wieder offensiv zu werden und die Verhältnisse in der Stadt selbst zu verändern. Denn nicht nur der schwer überlasteten Antifa wird aufgefallen sein, daß nicht mehr die Faschokids, sondern wir die Strassen Friedrichshains kontrollieren. Selbst die Weitlingstrasse befindet sich tilweise auf dem Rückzug - der Faschobezirk Lichtenberg beginnt unsicher zu werden. Doch auch in den Häusern und Strassen entsteht eine neue Kraft, die weder wir, noch der Senat unterschätzen sollten.

AUF IN EINEN STÜRMISCHEN WINTER

Einige BesetzerInnen

Die Mauern verlaufen nicht zwischen Ost und West sondern in den Köpfen der Menschen!

oder
du weisst es wird nichts passieren,
wenn wir uns nicht organisieren !

Zu dem Artikel
"Zwischenspiel im Ost-Berliner Häuserrat"
in Telegraph 13 und Interim 113

leider ist jener artikel nicht nur inhaltlich falsch, es werden auch bestimmte fakten derart verdreht, daß er als grundlage für eine strukturdiskussion unter den besetzten häusern größtenteils unbrauchbar ist. ausserdem hinterlässt er den eindruck, daß hier eine einzelmeinung wiedergegeben wird, die desinformiert.

der artikel berichtet u.a. von den besetzungen in der kreuziger- und mainzerstr. er unterstellt dabei völlig danebengegriffen, daß diese beiden straßen "nur" von westlerInnen besetzt wurde. tatsache ist, daß in der tat die mehrheit der besetzerInnen aus dem westen kommen, aber eben nicht alle.

viel schlimmer aber ist, daß der artikel suggeriert, die westlerInnen seinen "schuld" an den strukturen des b-rates. zitat: "die informellen strukturen veränderten sich immer mehr ins organisatorische. das verhältnis ost-west im häuserrat kippte um." daher "zogen sich viele ost-berlinerInnen entnervt zurück und machten einzelverträge."

um dies klarzustellen: wir wollen strukturen. und zwar nicht welche unter der hand bzw. über persönliche kontakte, sondern offene, für alle durchschaubare, um eine entstehende bewegung für alle offenzuhalten und um handlungsfähig zu bleiben/ werden.

der größte mist ist dann aber über die rolle des vertragsgremiums (vg) zu lesen. der artikel behauptet: (zitat) "die dominanz der westberlinerInnen nahm zu. das vg koppelte sich auf betreiben vieler westberlinerInnen vom b-rat ab. sein einfluss auf dieses gremium war damit null."
richtig ist, daß diverse punkte in sachen ost-west unter uns mit berechtigung kritisiert wurde/wird. so z.b., daß "wir westlerInnen" teilweise arrogantes diskussionsverhalten draufhaben. hier aber zu verallgemeinern oder dieses problem zwischen ost und west einzuteilen ist dumm und gefährlich.

ausserdem entsprechen die behauptungen über das vg aber auch schlicht und ergreifend nicht den tatsachen.
zuerst war der umstand, daß einzelne häuser (interessanterweise gerade in prenzlberg) einzelverträge unterschrieben haben und DANN erst - als reaktion darauf! - die "gründung" des vg erfolgte! gerade damit der b-rat nicht vorwiegend organisatorisch arbeiten muss, sondern mehr politisch arbeiten kann, wurde das vg auf beschluss des b-rats abgekoppelt und hatte von anfang an das ziel, eigene strukturen zu entwickeln (gelegentliches recherchieren beim artikelschreiben würde nicht schaden!).
strukturen werden oft mit hierarchie und machtmissbrauch verwechselt, wozu es nur kommen kann, wenn mensch sich um die eigenen strukturen nicht kümmert.

diese struktur ist so aufgebaut, daß jedes haus einen menschen bestimmt/delegiert, der sich mit dem themen-komplex "verhandlungen/verträge" befasst/befassen sollte. diese vertreterinnen wiederum sollten sich zu blöcken, bestehend aus mehreren häusern, zusammenschließen und aus der mitte dieses blockes eineN delegierteN in das vg entsenden. (wie das in der mainzer, kreuziger, adalbert, etc. geschehen ist!) dabei ist es als sinnvoll erachtet worden, wenn dies ein "fester" mensch ist, da verhandlungen mit behörden leider kein zuckerschlecken sind, und jederzeit die gefahr besteht, daß die "gegenseite" uns durch mangelnde "informations-kontinuität" über den tisch ziehen kann. übrigens wurde dem magistrat vom vg noch kein vertragsentwurf vorgelegt, vorverhandlungen und der versuch, eine vorvereinbarung durchzubringen, erfolgten nach rücksprache mit den häusern.

leider war seit bestehen des vg festzustellen - und öfters in richtung prenzlberg moniert -, daß gerade die prenzlberger durch ihre eigene schlappheit äußerst mäßig bis garnicht im vg vertreten waren/ sind!

daß der artikel nur herumnörgelt und nicht in der lage ist, alternativen aufzuzeigen sei nur am rande erwähnt, da dies ja leider "zum schlechten ton" unter uns gehört. wir wollen/sollten aber aus den fehlern der früheren bewegungen lernen, d.h. aber auch zu sehen, daß auf magistratsseite diesselben behördenleiter stehen wie 80/81.

die scheinbar gut informierte veröffentlichung hat nach unserer meinung eher den effekt, wasser auf die spaltermühlen des magistrat zu giessen, in ost und west, gut und böse zu trennen. wir sollten uns um unsere unterschiede untereinander verständigen, und dann um die probleme kümmern, die dringend anliegen. aus unserer erfahrung wird der magistrat eher früher als später versuchen, uns klein zu kriegen. es lohnt sich, weiter zu kämpfen, wenn wir alle häuser durchbringen wollen. einzelverträge sind das ende einer möglichen politischen häuserbewegung.

für eine breite, spaltungsfreie diskussion unter uns

die erzürnten vg-delegierten des mainzer-blocks

Lübbi 29

Im März 89 wurden einige Wohnungen in der Lübbenerstraße 25+26 still besetzt.
Im Oktober 89 wurden die ersten Wohnungen in der 27+29 besetzt.
Es konnten befristete Mietverträge für die 27+29 erreicht werden.
Die letzten Verträge liefen im April 90 aus. Auf Räumungsklagen der BeWoGe reagierten wir mit Widerklagen vorm Amtsgericht; die aber allesamt keinen Erfolg brachten. Wir haben nun beim Landgericht Berufung eingelegt, welches aber noch entscheiden muß, ob es die Berufung annimmt. Im Moment sieht es so aus , daß wir jeden Tag auf die Straße geworfen werden können.
Trotz alledem: Kollektive Mietverträge für die 29 !

INSTANDSETZUNG STATT MODERNISIERUNG!

NOSTI 49

Die Nosti 49 wurde nach 2 Jahren Leerstand am 8.3.1989 besetzt. Die Unternehmensgruppe Schliffkowitz (1/31 Berlinerstr. 117) zwangsersteigerte das Haus, nachdem der vorherige Besitzer Schulz mit Sanierungsgeldern getürmt war. Ergebnis endlos verlogener Verhandlungen mit vermeintlich kompetenten Stellen und permanenten internenen Streitereien, ist, daß der Nosti 4 öffentlich modernisierte Wohnungen und ein zur Selbsthilfe verurteiltes Ersatzobjekt in der Jüterbogerstr. 8, blieben. Trotzdem gibt es uns und ein Infocafe + jeden Montag ne VoKü (19 Uhr).

MARCHSTR./EINSTEINUFER :

Am 21.2.89 haben wir auf dem Gelände zwischen March.23 und Einstein.41 ein Hüttendorf errichtet. Ab dem 20.3.89 haben wir den Hütten & Bauwägen noch drei wunderschöne Altbauten hinzugefügt. Am 29.5.89 begannen die ersten Verhandlungen, die jedoch am 1.12.89 ergebnislos endeten. Wir Haben der Selbsthilfe widerstanden und anderen Verträgen (bisher) auch. Weitere Verhandlungen würden erst nach dem Kauf durch den Senat stattfinden. Bausenator Nagel behauptet zwar, kaufen und nicht räumen zu wollen, aber ob er sich nach Neuwahlen am 2.12.90 an solch Beschlüsse noch erinnert? Oder liegen ihm unsere Häuser zu zentral? Auch 'unsere 'Besitzer' Henning von Harlessem GmbH, Fasanenstr.63 1/12 'geraten bald in Zugzwang: Im Februar '91 läuft die Abbruchgenehmigung Der Speckis für Marchstr./Einstein ab. D.h. es könnte einen turbolenten Winter geben ; wenns dann klirrt, hoffentlich nicht nur vor Kälte...

MARCHSTR. DURCHSETZEN !

BESETZTE DACHGESCHOSSE DES SELBSTHILFEPROJEKTES AM WASSERTORPLATZ

-Erste Besetzung der leerstehender Räume am 27. 03. 90
Räumung durch die, von den SelbsthelferInnen geholten Bullen am 4.04.
-Am 10.04. Wiederbesetzung mit breiter Unterstützung
-Die Räume werden in einen autonomen Frauenbereich und einen gemischten Bereich gegliedert.
-Am 1.06. EigentümerInnenversammlung mit dem Ergebnis : Räumungsantrag wird gestellt. Seitdem sind wir räumungsbedroht.
-Bei einer von unterstützender Studis (1/3 der Wohnungen wird vom StudentInnenwerk verwaltet) durchgesetzten Wiederholung der Abstimmung, wurde das Ergebnis entgegen unseren Hoffnungen bestätigt.
-Im Konflikt mit den EigentümerInnen bewegt sich zur Zeit nichts mehr.

Die EigentümerInnen warten auf die Bullen...
Wir bleiben drinnen!!!

Weiterhin gibt es Veranstaltungen, sowie die MittwochsVOKÜ ab 20 Uhr und das Cafe am Donnerstag ab 17 Uhr.

Folgender Brief lag dem Flugi noch bei - euer tragisches Schicksal hat unsere harten Herzen doch erweichen können und so ist es nun drin:

"Hi Leute, ja - es ist ziemlich spät, um es noch mit reinzunehmen, aber wir haben getan, was wir konnten, allein - das Schicksal war gegen uns. Nun - es fing alles damit an, daß das Farbband der Schreibmaschine streikte, immerhin ein noch leicht zu verkraftender Fall. Wir trieben eine andere auf. Als wir dann mit dem getippten Zeug zum Copy-Shop wollten, fuhren wir gleichzeitig zwei Räder platt, -Ja-Ja-das klinkt unwahrscheinlich, wir besorgten uns jedoch ein Auto, die Zeit drängte, die Story mit Radarfalle und Bullen ersparen wir euch, sie ist noch unglaublicher als die mit den Rädern, wiewohl - die Flucht gelang. Dann das Ding mit dem Parkplatz - natürlich alles belegt - 2.Reihe unmöglich, weil dort stand ein Parkwächter. Ihr kennt ihn vielleicht - Maruin, der depressive Roboter aus "Per Anhalter durch die Galaxis", der versprach uns einen Parkplatz wenn wir uns seine Lebensgeschichte anhören - das tötete uns fast gar nicht. Nach dem überfüllten Copy-shop sind wir auf dem Zahnfleisch hier hoch in den 1.Stock zu eurem Postfach. Wenn ihr uns den Rest geben wollt, dann steckt das in den Ordner, wir rechnen mit allem - aber, haben wir das verdient - Na??!"

Nein - natürlich nicht! Wir haben jedenfalls gut gelacht!

Was tun damiz brennt?

Es mehren sich die Zeichen dafür, daß in absehbarer Zeit die ersten Häuser geräumt werden. Was den Magistrat bisher vom Räumen abgehalten hat, lässt sich einfach zusammenfassen: Ein Teil der Regierenden hat schlicht Angst vor uns und vor dem, was wir im Falle einer Räumung anstellen könnten.
Die ersten Räumungen werden Testfälle sein: Wie hoch ist der politische Preis einer Häuserräumung? Ist er gering genug, wird die große Abräume folgen.
WIE ALSO DEN PREIS ERHÖHEN? Wir halten es zwar für wichtig, daß das betroffene Haus direkt gegen die Räumung verteidigt wird, gehen aber davon aus, daß eine erfolgreiche militärische Verteidigung unmöglich ist. Daher muß nach einem Bullenangriff etwas passieren - als Reaktion auf die erfolgte Agression und gleichzeitig als Warnung vor weiteren Untaten.



RÄUMUNG... -

U N D   S I E K A M E N   D O C H   D U R C H !

AM SELBEN TAG:
22.oo Uhr: D E M O

Wenn in Friedrichshain geräumt wurde:	Boxhagener Platz
wenn in Mitte geräumt wurde:	Koppenplatz
wenn in Prenzlberg geräumt wurde:	Kollwitzplatz
wenn in Lichtenberg geräumt wurde:	S-Bhf. Frankf. Allee

IN DER NACHT:
Dezentrale Aktionen mit möglichst hohem Sachschaden - Glasbruch, Schlösser verkleben, Barrikaden...

AM NÄCHSTEN TAG:
15.oo Uhr: Treffen vor dem geräumten Haus
Den ganzen Tag möglich: Buttersäure in Verwaltungsgebäude, Aktionen in oder vor Ämtern, ...
"Stop-The-City" - Aktionen:
Wenn Ihr uns räumt läuft garnix mehr - Verkehrschaos, Ampeln auf Rot stellen, Straßenbarrikaden auf den Hauptverkehrsadern, Notbremsen in U- und S-Bahnen, Feuerwehr beschäftigen durch Müllcontainerbrände,...

WERDET KREATIV UND BÖSE !
DER UNTAT FOLGT DIE STRAFE AUF DEM FUSS !
EINE MILLION SACHSCHADEN PRO RÄUMUNG !



WILDE 15?

Also da waren fünfzehn Bullenknüppel pro Nase*, und da sind wir dann lieber gegangen...

Zwei Hasen haben sie ermordet, diese Monster!

Wir sind umgezogen, aber wir verraten nicht wohin.

Ätschbätsch!!

GEGEN BULLEN, MIETE, ZWANGSARBEIT!!!

* 5.9.90 7⁴²

-Ihr hört von uns

die spaßguerilla gründet sich

die spaßguerilla gründet sich mit pauken und trompeten am 11.11.90 um 11 uhr 11. bis dorthinngibt es viel zu tun. gaanz viele häuser besetzen, jetzt sofort und weiter. die berliner linie hat ihre endhaltestelle in der kinzigstr.9. alle weiteren haltestellen gibt es nur auf unserem fahrplan.

BLOCK II - MAINZER-KIEZ

Jungstrasse VH	2
Scharnweber Str. VH (Achbach)	30
Frankfurter Allee VH *	54
Frankfurter Allee VH/SF/HH *	56
Niederbarnimstr. div. HH	?

BLOCK I - RATHAUS

Weidenweg SF	41
Eckertstrasse HH/SF	6
Thaerstrasse VH	16
Thaerstrasse VH/	35
Thaerstrasse VH	23
Besarinstrasse HH	37/39
Pintschstrasse HH	12 ?
Pintschstrasse HH	16
Richard-Sorge-Str. SF	34
Richard-Sorge-Str. SF	36

BLOCK V - HAFEN

Dannecker Str. VH/SF/HH	1(
Dannecker Str. SF	1:
Lehmbruckstrasse SF	3/5
Corinthstrasse 2.HH	57
Markgrafendamm SF	3

ballade der hausbesetzerinnen

wir wollen heute ein fest feiern, das prinzenpaar zeigt sich auf dem balkon der wache. bunte pyros geben ein fröhliches feuerwerk ab. schwarz-rot flattern die fahnen - eine neuebesetzung wird gefeiert. die ersten spielleute treffen in bunten kostümen und transpis ein. mit der lustigen vorführung einer grün-weißen gauklertruppe wird das fest in einen feucht-fröhlichen tränengasnebel gehüllt. das fest im gutverschlossenen haus und auf der straße geht bis in die frühen morgenstunden.

was brauchen wir, um auch so ein schönes fest vorbereiten zu können.?

1. eine karnevalistische gesellschaft, die zusammen eine ei prunksitzung abhalten wollen
2. der zwölferrat tagt: wer verschickt die einladungen, wer organiesiert das hammerballet und das orchester für flex und bohrer, aber die sicherungen nicht vergessen
3. anpassungsfähige einbaubarris ersparen zeit und streß
4. das erdgeschoß ist den kaninchen und den dunkelkammern vorbehalten
5. luftballons vom dach steigen lassen, bei großinsektenangriff
6. weil das fest länger gehen könnte, muß großzügig eingeklauft werden, für die bewirtung der gäste muß gesorgt sein.
7. der kontakt zu anderen karnevalsgesellschaftenperbrieftauben sollte aufgenommen werden
8. eintreffende horden der kloppergarde sollten des hauses und dere straße verwiesen werden. ("laßt sie mir", d.sätzz.)
9. schmierigen laienschauspielern wird der dialog verweigert, sie werden ans vertragsgremium verw(i)esen
10. nachbarn sollten mit kaffee und kuchen bestochen werden, mitfeiern ist angesagt, die häuser denen die drin wohnen
11. spätestens jetzt muß die nächste aktion vorbereitet sein: "und zärtlich kreist die faust zum wurf"

BLOCK III - RIGAER/JESSENER

Proskauer Str. SF/HH	12
Zellestrasse SF	3
Seumestrasse SF	8/9/10
Jessener Str. VH/SF *	31

BLOCK IV - BULLENWACHE

Am Comeniusplatz HH	2
Kardiner Str. 2 HHer	15
Jadamowitzstrasse HH	22
Boxhagener Str. SF/HH	119
Kopernikusstrasse HHer	(22)

Legende: * = Schlechter Zustand; VH = Vorderhaus; SF = Seitenflügel; HH = Hinterhaus.

wir treffen uns zur splisch-splasch-wasserparty gegenüber dem ufer ~~vom reichstag, schlauchboote und weinschläuche~~ nicht vergessen.

Brief von Rolf Heißlervom September 90

hier wurde ich auf einer sozialtherapeutischen abteilung für ausschließlich wegen sexualdelikten hockenden isoliert. als eine genossin von der zurückhaltenden solidarität mancher frauen mit den aufständischen in santa fu schrieb, da seien auch vergewaltiger darunter, hatte ich das noch kritisiert, weil gerade solche die angepaßtesten und konformsten sind, man mit ihnen folglich nichts zu tun hat, sie bei so was nicht oder nur unter ferner liefen dabei sind. nur wenn man das weiß, war das hinter meiner zwangsverlegung auf diese abteilung steckende kalkül einzuordnen. es ließ sich auch tagelang niemand an tür oder fenster sehen oder hören.
der montag danach begann mit erwarteter provokation, hof mit fremder abteilung, was ich unter verweis aufs celler bombenloch ablehnte, darauf blieb es beim einzelhof. von gleich am anfang verlangter, aus anstaltsbeständen (bei gutem willen) organisierbarer schreibmaschine, uhr, radio usw. bekam ich nichts zu sehen, lebte acht tage zeitlos, da nicht mal ein knastradio drin war. selbst haarshampoo wurde verweigert, ich könne haare mit kernseife waschen, benötigten nagelzwicker bekam ich erst nach über 24 stunden, nachdem ich sofortiges heranschaffen einer maniküre auf staatskosten zur beschneidung meiner fingernägel beantragt hatte. die anordnung, außerhalb der zelle habe ich mich in anstaltsklamotten zu bewegen, z.b. bei verteidigerbesuch trotz ts oder im hof, wertete ich als hofsperre und 24 stunden-einschluß. hof tags drauf lehnte ich ab.
doch ein paar stunden später lief das beantragte gespräch mit dem al, der angeblich von nichts wußte und diese anordnung gleich wieder aufhob. generell wollte er die strbger bedingungen übernehmen, es klang insgesamt positiver als erwartet. in einem blieb er jedoch hart, schreibverbot mit einem vorher hierher zwangsverlegten. dem schloß sich einige wochen später generelles schreibverbot mit hier hockenden an.
dietl aus der jumi sagte gegenüber ra'in, "stadelheim sei nur vorübergehend, vermutlich dann andere bayerische anstalt, aber auch anderes bundesland oder strbg nicht auszuschließen. deine aktivitäten in strbg hätten die entwicklung dort maßgeblich mitbeeinflußt, und es sei aus sicherheitsgründen sachdienlich, jemand, der so agitiert, aus diesem kreis rauszuholen".
er karikierte sich selbst, der 'kreis' wurde mir hinterherverräumt. am 3.8. in den ersten nachrichten, dachbesetzung in strbg und erneuter polizeieinsatz. am frühnachmittag fanden sich zwei von ihnen direkt unter mir und ich am fenster. das wurde ein hallo. 101 hatten sie den tag hierher zwangsverlegt. bernd ließen sie in strbg.
am montag wurden die strbger in drei gruppen über das wie weiter unterrichtet. eine verlangte die beiziehung der vorher hierher zwangsverlegten, bei mir hieß es, auf keinen fall, der totale block, ein anderer sei alselektriker voll integriert und der dritte tags zuvor wegverlegt worden. sie sollen bis zu einem halben jahr bleiben, können bei wollen ab september arbeiten, wegen dach gäbe es die maximale hausstrafe, die allerdings zur bewährung ausgesetzt werde, sie bekämen umschluß, ihre sachen bald.
ich hatte anträge gestellt "für sofortige gespräche mit allen aus der jva strbg hierher zwangsverlegten gefangenen. am abend des 2.7.90 wurde ich von den dortigen gefangenen zu einem ihrer sprecher bestimmt, insofern habe ich auch ihre interessen hier wahrzunehmen" wie "für gemeinsamen hofgang". ihre reaktion vermittelte mir der al:"ihr antrag vom 5.8. 90 auf genehmigung von gesprächen mit von strbg hierher verlegten gefangenen wird abgelehnt, weil zu befürchten ist, daß sie diese gelegenheit dazu mißbrauchen, auf diese personengruppe in einer weise einzuwirken, die die hiesige ordnung empfindlich stören würde. es ist nicht ersichtlich, daß sie von ihren in strbg gezeigten verhaltensformen hier abstand nehmen. die bestimmung als sprecher in strbg ist für die hiesige vollzugsgestaltung ohne belang." dann verkündete er mir noch, sie hätten festgestellt - tolle feststellung, schließlich kannst du über 100 und mehr meter nicht flüstern, mit hof waren rund 40 verbal erreichbar -, daß ich zu den strbger gefangenen kontakt aufgenommen hätte und mit ihnen



Wie soll's weitergehen ?

Einschätzung der politischen Situation...

Es gibt fuer uns Linksradikale zwei wichtige bestimmende Momente:
- zum einen gibt es objektiv den historischen Trend hin zum Kapitalismus: Im Osten freuen sie sich groesstenteils auf die freie Marktwirtschaft, im Westen sind sie groesstenteils damit zufrieden. Gegen diesen starken Trendkoennen wir zunaechst mal sehr wenig ausrichten.
- zum anderen sind wir isoliert, z.T. resigniert, unter uns gespalten, unfaehig, gemeinsam zu handeln, perspektivlos.An diesem Trend koennen wir durchaus ruetteln, was veraendern. Auch wenn wir wenige sind und es vielleicht auf laengere Sicht auch bleiben, so koennen wir dennoch unsere Schwierigkeiten unteruns angehen und ein Umgehen mit unseren Widespruechen untereinander verwirklichen.

So, im folgenden kommen jetzt eine kurze Bestandsaufnahme der objektiven Situation, wie wir den Trend um uns herum sehen (A) und dann ein Abschnitt zur subjektiven Lage, wie wir sehen, was es zu tun gaebe (B).

...und Vorschläge zum weiteren Vorgehen

(A)

1. Die Vereinigung beider Teile der Stadt velaeuft so rasant, weil es keine gesellschaftlicne Kraft gibt, die sie aufhalten will. Motoren dieser Entwicklung sind die direkt formulierten Verwertungsinteressen des westdeutschen Kapitals sowie die nochvorherrschende Massenstimmung der ex-DDR Bevoelkerung, dass die Uebernahme westlicher Konsum-, Leistungs- und Vernaltens-Standards eine Verbesseung ihrer Lebenssituation bedeuten wird.

reden würde. das wie auch umgekehrt könne er nicht zulassen.
von daher wurde ich in eines der traktabteile im neubau verlegt. genauere beschreibung liegt von volker vor. lichtverlängerung auf 24 uhr wurde zugestanden, steckdose gibt nur saft fürs netzgerät, bei tauchsieder oder lampe haut es die sicherung raus. der höhepunkt, wenn du das fenster aufmachst, hast du neben den gittern eine verdrahtete milchglasscheibe vor dir, in der mitte unterbrochen durch vier finger breites klarglas. die luft'zuführ' erfolgt durch zwei finger schmalen spalt zwischen scheibe und gemäuer. die trotzdem zu hörenden strbger stimmen verstummten tags drauf. gegensprechanlage zur akustischen kontrolle ist gleichfalls im loch. der 'hof' fand in einem 25 x 25 schritte-karree, dem innenhof der wäscherei, statt, allseitig umgeben vom rund acht meter hohen wäschereigebäude, nur dichte spiegel/milchglasscheiben unten, die luft waschmittelgeschwängert, zugang durch den keller, damit mich ja kein gefangener mitkriegt. ziemlich perfektionierte isolation.
am 9.8. tönte aus dem radio: es drohte erneute revolte in strbg. nach hinweisen auf 'brandstiftung und geiselnahme' blieben alle unter verschluß, wurden 36 weitere bayernweit zwangsverlegt. seitdem wird von 'normalisierung' geredet.dafür waren drei, ist noch einer der nach amberg zwangsverlegten - nicht bernhard, er hat es kritisiert, rein egoistische gründe - im hs, wollen zurück, doch der staat ließe sich nicht erpressen. hier wurden auch schon viele wieder wegverlegt. doch ein problem wird durch nichts auflösbar, sie können keinen der dachbesetzer rückverlegen, so wie die bediensteten danach, als quasi alles längst vorbei war, mit denen umgesprungen sind.
den mdl rothe-(sonder)besuch mußte ich ausfallen lassen, kaller hockte dabei, obwohl selbst in strbg bei abgeordneten darauf verzichtet wurde. trotz beschwerde sah al keinen anlaß zu anderer handhabung, dafür kündete er verlegung an. sie scheinen sich der kontraproduktiven wirkung der totalisolation bewußt, sind um bedingungen bemüht, die sich nach außen als 'normalisierung' verkaufen lassen. das ist gescheitert. ich kam nur in das traktabteil einen stock tiefer, fortsetzung der luftbeschneidung, ein schloß mehr in der tür. dafür habe ich - ging oben nicht, weil dort jugendliche sind - mit der abteilung duschen, tv, umschluß, doch mit wem, kein strbger mehr in der abteilung, auf der etage. hof dagegen habe ich u.a. mit drei strbgern zusammen, doch sie wollen sie zum arbeiten bringen, dh. sie werden anderen hof haben oder wegverlegt werden. ne handvoll sind ab und an am fenster zu sprechen. die abteilung ist u-haft, dh. fluktuation, läßt sich unschwer ausrechnen, entwickelt sich näherer kontakt, ist derjenige weg.
von der kundgebung habe ich visuell gar nichts, akustisch nur sehr wenig mitbekommen. gegen 11.30 uhr eine genossinnen-stimme, verstanden nichts, danach eine genossen-stimme, verstanden wieder nichts. dazu war es im neubau nicht leise genug, hier gab es auch keine reaktion im gegensatz zum hauptbau, von wo öfters resonanz zu hören war. später habe ich dann ein paar wortbrocken wie verbesserung des essens oder freilassung der haftunfähigen verstanden. aber es blieb nur entfernte geräuschkulisse dank der auflagen. doch ich fand die relativ kurzfristig zustandegekommene initiative gut, jetzt muß es nur kontinuierlich weitergehen. ein knappes fünftel aller strbger gefangenen wurde binnen eines halben jahres zwangsverlegt. bankrotterklärung der bayerischen justiz.

tschü

Rolf Heißler
JVA Stadelheim
Stadelheimer Str. 18
8000 MÜNCHEN 90

Jahren große Bevölkerungsmehrheiten die Ökologiefrage zu einer der wichtigsten Fragen überhaupt, obwohl sie vermutlich damit in ihrem Alltag genausowenig anfangen können wie ich. Das Problem das aber psychisch ausgehalten werden muß, besteht jedoch darin, daß die faktische Ökosituation für irgendwelche Hoffnungen weder jetzt noch in der Zukunft genausowenig etwas her gibt, wie bislang alle politischen Strategien zur Lösung dieses Problems. Und trotzdem gibt's immer noch Leute, die glauben sich über eine revolutionäre Veränderungen aller Beziehungen der Menschen untereinander aus dem Ökotrouble in eine bessere und humane Gesellschaft katapultieren zu können. Es fällt mir schwer davon überzeugt zu sein.

Michael Schreyer

Demo-Aktionswoche-Wahlboykott

Dies ist ein Diskussionsentwurf !!!

Vorschläge zur Diskussion für die Entwicklung eines konkreten Widerstandes gegen die Annexion der DDR und die Großmachtpläne der BRD Imperialisten.

1) Wir Unterstützen die Pläne für eine Demo am 3.11.90 in Berlin. Diese Demo soll antikapitalistischen, antiimperialistischen, antirassistischen, antifaschistischen, antipatriachalen, antinationalistischen und internationalistischen Charakter haben.
Sie soll sich konkret gegen das Großmachtstreben des Brd- Imperialismus und den Expansionismus des Brd-Kapitals richten, gegen die Zerschlagung und Einverleibung der DDR als agressiven, völkerrechtswidrigen Akt der Annexion und gegen die angestrebte deutsche Vormachtstellung in der vereinigten europäischen Weltmacht, Europa.
Für diese Demo wird eine Internationale Moobilisierung angestrebt. Innerhalb der BRD wollen wir ein breites Bündnis auf der pol. Grundlage der prinzipiellen Ablehnung der Annexion und ihrer Folgen. Besonders wichtig erscheint uns auch eine Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen.

a) Die Demo soll einen konkreten Charakter pol. Intervention gegen den Annektierungsprozess haben. Es geht darum, alle Widersprüche zu dieser pol. Entwicklung in der BRD, der DDR, in Europa, und International zum Ausdruck und zur Wirkung zu bringen.

b) Darüberhinaus geht es darum, auch wenn das pol. Ziel, die Annexion zu kippen, nicht erreicht werden kann, eine Position des Widerstandes gegen die Pol. Entwicklung gesellschaflich zu setzen, um von da aus weiter kämpfen zu können.

c) Weiter geht es darum, einen pol. Prozess der Auseinandersetzung mit den veränderten Bedingungen in Gang zu setzen, um zu Einschätzungen und Analysen zu kommen, wie wir unseren Widerstand unter veränderten Bedingungen weiterentwickeln können.

d) Die Demo soll einen zentralen Bezug zum 9.11. haben, wegen der historischen Bedeutung dieses Tages und um nationalistischen Jubelfeiern und faschistischen Provokationen an diesem Tag entgegenzutreten.

e) Als Hauptstoßrichtung und Parolen stellen wir uns vor:
- Kampf dem Großmachtkurs des BRD-Imperialismus!
- gegen die Zerschlagung und Annexion der DDR!
- Kampf dem deutschen Europa der Bullen und Bonzen!
- für die internationale Solidarität, gegen neokolonale Ausbeutung und Unterdrückung weltweit!

2) Wir schlagen vor von So. den 4.11 bis Sa. 10.11. eine "antikapitalistische, antifaschistische, antinationalistische Aktionswoche, gegen den Großmachtkurs des BRD-Imperialismus und gegen die Zerschlagung und Annexion der DDR" durchzuführen.

Zur gestaltung dieser Aktionswoche stellen wir uns vor, für jeden Tag, bundesweit Themenschwerpunkte festzulegen.

a. Für den 9.11. schlagen wir vor, diesen Tag zum "Tag der antifaschistischen Einheit" zu erklären. Schwerpunkte an diesem Tag könnten sein:
- Erinnerung an den 9.11.38
- aktiver Schutz gegen Neonazi angriffe
- Aktionen gegen nationalistische Jubelfeuern
- Aufarbeitung weiterer hist. Bezüge (9.11./18/74/89)

Als witere Themen kämen in Frage:

b. - " Tag der internationalen Solidarität - gegen neokolionale Ausbeutung für eine neue Weltwirtschaftsordnug"

c. - " Tag der revolutionären Gefangenen in Europa" (Zl, Hs. in Spanien, Situation Gefangener in anderen Ländern, Staatsterrorismus allgemein, 129a Prozesse, Trevi, Export von Aufstandsbekämpfung)

d. - " Tag der Völkerfreundschaft - gegen Rassismus und Nationalismus" (Gemeinsame Aktivitäten mit ImmigrantInnen, Ausländergesetzte, Asylrecht etc.)

e. - " Tag des antimil itarismus" (Abrüstung/Aufrüstung, NATO Intervention im Süden, veränderte Situation)

f. - " Tag des antipatriachalen Kampfes"

g. - "Tag gegen die verschärfung kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Natur" (Umweltzerstörung und ihre Ausdehnung, austerity - Politik, Umstrukturierung, Wohnungspolitik etc.)

Im Rahmen solcher Tage könnten dann Gruppen aus einem breiten Spektrum Aktionen und Veranstaltungen durchführen.

3) Wir schlggen vor, zusätzlich zur Demo und der Aktionswoche, die gesamte Mobilisierung mit einer Kampagne für einen aktiven Boykott der Wahlfarce zu verbinden. Eine denkbare parole wäre:
- Keine Stimme für Großdeutschland - Wahlboykott
- Keien Stimme für das 4. Reich - Wahlboykott

Einige Bemerkungen zu "Eine Kritik..."

1. Zur Lenin-Kritik

Die Lenin-Kritik erscheint mir extrem einseitig. Es werden eine Reihe von (in der Tat) verdächtigen Zitaten angeführt, mit deren Hilfe a) das ideologische Gebäude des Bolschewismus und b) die bolschewistische Praxis erkärt werden bzw. geglaubt wird, sie erklärt zu haben.
Zunächst ist mir aufgefallen, daß alle Lenin-Zitate aus der Zeit um die Jahrhundertwende stammen. Schon allein durch diese begrenzte Auswahl muß dem Verfasser die weitere und widersprüchliche Entwicklung Lenins unbekannt bleiben.

Entscheidend ist aber die falsche Methode der Kritik. Ich halte eine Ideologie-Kritik, wie in diesem Fall an Lenin, grundsätzlich für verkürzt, wenn sie nicht den historischen Hintergrund eben dieser Ideologie miteinbezieht. Ohne diese Einbeziehung gelangt frau/man sehr schnell auf ein idealistisches Glatteis, indem die Wirklichkeit aus der Theorie abgeleitet wird. So zum Beispiel, wenn (indirekt) gesagt wird: Weil Lenin "die Entwicklung der Produktivkräfte verabsolutiert", mußte es in Rußland/UdSSR so und nicht anders kommen, d.h. die ArbeiterInnenklasse mußte weiterhin zum Objekt degradiert werden. Die reale geschichtliche Entwicklung, z.B. die Oktoberrevolution, wird so nicht mehr als ein Prozeß voller Widersprüche, Zufälle(!) und Tragödien begriffen, sondern als das determinierte (!!) Resultat einer feststehenden Ideologie. In Wirklichkeit verhielt es sich meines Erachtens eher umgekehrt: die gesamte bolschewistische Partei war auf den sozialen Umbruch zwischen Februar und Oktober theoretisch so gut wir gar nicht vorbereitet und hatte alle Mühe, seit Lenins April-Thesen sich ein "Neues Denken" anzugewöhnen. (Ich lasse den Sonderfall Trotzki jetzt einfach mal weg.)

Die falsche Methode der Lenin-Kritik läßt sich auch an einem anderen, interessanten Problem deutlich machen. Die "Verabsolutierung" der Produktivkräfte und die damit verbundene Ausblendung einer radikalen Kritik der kapitalistischen Arbeitsorganisation war überhaupt kein Privileg Lenins oder der reformistischen Sozialdemokratie. Auch die Theorie und Praxis der revolutionären Rätebewegung nach dem 1. Weltkrieg hatte ein ganz ungebrochen positives Verhältnis zur Produktivität und Fabrikordnung. Von der deutschen Rätebewegung mag man das noch erwartet haben. Aber daß die Turiner Räte mit Gramsci als Theoretiker Ähnliches formulieren ...

" In der Fabrik wird die Arbeiterklasse zu einem bestimmten 'Produktionsinstrument' in einer bestimmten organischen Verfassung; jeder Arbeiter wird 'zufällig' Teil dieses konstituierten Ganzen: zufällig, soweit es seinen Willen betrifft, aber nicht zufällig, soweit es seine Aufgabe betrifft. Denn er stellt eine bestimmte Notwendigkeit des Arbeits- und Produktionsprozesses dar, und nur deshalb wird er eingestellt, nur deshalb kann er sein Brot verdienen: er ist ein Rad der Maschine der Arbeitsteilung, daß heißt, der sich in einem

PRODUKTIONSINSTRUMENT DETERMINIERENDEN Arbeiterklasse. Wenn der Arbeiter ein klares Bewußtsein dieser seiner 'determinierenden Notwendigkeit' erlangt, und darauf einen repräsentativen Apparat nach Art eines Staates aufbaut (daß heißt nicht freiwillig, vertraglich, durch Mitgliedskarte, sondern absolut, organisch einer Wirklichkeit zugehörig, die anzuerkennen notwendig ist, wenn Brot , Bekleidung, Behausung, industrielle Produktion gesichert sein sollen): wenn die Arbeiter, die Arbeiterklasse, das tun, dann tun sie etwas Grandioses. Sie leiten eine neue Geschichte ein, die Ära der Arbeiterstaaten. Die Arbeiterstaaten zusammen bilden die kommunistische Gesellschaft, die Welt, die nach dem Typ eines großen metallverarbeitenden Betriebes organisiert ist, die kommunistische Internationale, in der jedes Volk, jeder Teil der Menscheit Gestalt annimmt, weil er eine bestimmte wichtige Produktion ausführt und nicht, weil er einer Staatsform unterworfen ist und ihm Grenzen gesetzt sind.(...) Wie das Verhältnis zwischen politischer Partei und Fabrikrat, zwischen Gewerkschaft und Fabrikrat beschaffen sein muß, geht bereits implizit aus dieser Darlegung hervor: Partei und Gewerkschaft dürfen sich nicht als Vormund oder bereits konstituierte Überbauten der neuen Räteinstitution verstehen. Sie müssen sich als bewußt wirkende Kräfte der Befreiung von der Unterdrückung verstehen, die der bürgerliche Staat bedeutet; sie müssen die allgemeinen äußeren (politischen) Bedingungen organisieren, unter denen der revolutionäre Prozeß am schnellsten verläuft, und unter denen sich die befreiten Produktivkräfte am besten entfalten können." (Arbeiterkontrolle ...,S.240/41)

Wie aus diesen Sätzen unschwer zu entnehmen ist, schützt auch eine nicht-bolschewistische Parteikonzeption nicht davor, die Entwicklung der Produktivkräfte zu "verabsolutieren" ...
Auch die KAPD, eine linksradikale, syndikalistische Abspaltung von der KPD, wußte zu dem Problem der kapitalistischen Arbeitsorganisation nichts wesentlich Anderes zusagen. In ihrem Programm vom Mai 1920 fordert sie auf "wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet die Enteignung, zentrale Regelung und Leitung des gesamten Produktionsprozesses, Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf und <u>rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwangs.</u>
(Prokla 31, S.94)
Wahrscheinlich wird es auch bei Anarchisten und anderen Strömungen der Arbeiterbewegung <u>zu dieser Zeit</u> eine ähnliche Blindheit gegeben habe.
Ich nenne diese Beispiele nicht, um Lenin zu retten. Es geht mir nur um den Anspruch, 'falsche' politische Positionen in der ArbeiterInnenbewegung nicht moralisch zu denunzieren und die 'Abweichung' von den hehren Zielen des Kommunismus zum Vorwurf zu erheben, sondern zu versuchen zu erklären, in welchem konkreten historischen Hintergrund solche Positionen formuliert worden sind. Wenn ganz unterschiedliche Strömungen der internationalen ArbeiterInnenbewegung und die ArbeiterInnen in der revolutionären Aktion selbst (Räte) im großen und ganzen die Struktur der Produktion ausblenden und sich stattdessen mehr auf die politische Macht und die neuartige Verteilung konzentrieren, dann muß es wahrscheinlich sehr viel mit der konkreten historischen Situation zu tun haben.
Als Fragen: Vielleicht erschien ihnen der Kapitalismus in der damaligen Periode deshalb besonders verdammenswert, weil er in der Zirkulationssphäre vollkommen außer Rand und Band war (1.Weltkrieg, Hungersnöte etc.)? Vielleicht wäre es damals vor dem Hintergrund weitverbreiteter Massenarmut auch in den imperia-

Ökohorror, Tauschwerte und Langeweile

"Die Herrschaft der Wirklichkeit über den Menschen, der Wirklichkeit, die sich seiner Herrschaft entzog, also einer nicht-menschlichen Wirklichkeit, beraubt ihn seiner Menscheit, setzt der Entwicklung seiner Persönlichkeit eine Grenze, macht aus dem Menschen eine Zugabe zur Welt der Dinge: der Maschine, des bürokratischen Staatsapparates und so weiter. Auf diese Weise ist die Entfremdung zugleich Selbstentfremdung des Menschen - des Schöpfers der Welt der Dinge, verloren in der unpersönlichen, nicht menschlichen Welt, die ihn sich untergeordnet hat. Nicht nur Produkte des Menschen werden dem Menschen fremd, (...) auch er selbst entfremdet sich, wird sich selbst fremd wie ein Gegenstand: der Mensch beginnt sich selbst als Gegenstand in der ihn umgebenden Welt der Gegenstände zu fühlen, beginnt sich selbst durch das Medium dieser Gegenstände zu fühlen."

A. Schaff in "Marxismus und das menschliche Individuum", 1970

Es gehört zum guten guten Ton, die derzeitige Ökologiesituation mit Attributen wie z.B. "dramatisch" oder "katastrophal" zu umschreiben. Große Illustriertengazetten, Tageszeitungen aller Coleur, Fernsehmagazine, Nachrichtensendungen usw. wetteifern um das Aufdecken des nächsten Umweltskandals. Wohin man und frau auch schaut: Seitdem das Umweltthema vor ca. 20 Jahren von der `Öffentlichkeit' entdeckt worden ist, geht`s mit ihr eigentlich immer nur bergab. Die Stichworte aus den letzten Jahren akkumulieren sich zu einer unendlichen Liste: Waldsterben, Amazonasraubbau, Ozonlöcher, Treibhauseffekte, Antarktisplünderung Bodenerosion, Atom-Gau's, Robbensterben, Chemieunfälle, Landschaftsverbrauch, Klimakatastrophen, Verkehrskollapse, Aussterben von Tierarten, Ölteppiche ... Über alle Partei- und Klassengrenzen hinweg herrscht Einigkeit in der Festellung, daß die Ökologiesituation von besonderer Wichtigkeit sei, die geradezu ein "neues Denken" zur Lösung der anstehenden Probleme erfordere. Linke und Alternative stimmen in diesen Chor zustimmend mit ein, nicht ohne - die wenig schwer zu fällende - Prognose zu wagen, daß sich die Umweltkrise in naher Zukunft weiter verschärfen werde, wenn nicht "rasch und umfassend" gehandelt werde. Doch je dringlicher das Anliegen auf der politischen Ebene in den letzten Jahren in der BRD als auch auf internationalen Umweltschutzkonferenzen proklamiert wird, desto einfallsloser und pragmatischer werden alle diesbezüglichen sogenannten Lösungsvorschläge: Wer empfindet es eigentlich noch als Widerspruch, wenn in wortgewaltigen Resolutionen die Ökologiefrage zu der Zukunftsfrage der `Gattung Mensch' im 21. Jahrhundert schlechthin erklärt wird, um damit (!) die Notwendigkeit weiterer Konferenzen zu diesem Thema zu betonen. Schließlich habe man sich noch nicht über die Reduzierung irgendeines Schadstoffes um vielleicht 5% in den nächsten 20 Jahren einigen können. Sich links empfindende TAZ-Journalisten kommentieren derartige Farcen mit fulminanten Kritiken, wie z.B. daß die behandelten Lösungsvorschläge "unzureicnend" seien oder daß sich die Umweltminister mit ihrer Politik mal wieder "völlig unglaubwürdig" gemacht hätten. Realpolitisch orientierte grüne Reformdemokraten haben mitlerweile in Analysen zur Begründung ihrer Politik eine meisterhafte Kunst darin entwickelt die Umweltkatastrophen in den düstersten Farben auszuschmücken, um daran ausgerechnet umwälzende Forderungen wie z.B. `Tempo 30' in den Städten, das Inkrafttreten irgend einer neuen Gesetzesnovelle oder die Einführung dieses oder jenen neuen Abgasfiltersystems anzuschließen. Und je realistischer und ausgearbeiteter alle `Alternativkonzepte' für die kapitalismusimmanente Beseitigung von Müllbergen, Chemiegefahren, der Atomindustrie und des koallabiernden Individualverkehrs in den Städten werden, desto politisch wirkungsloser scheinen sie zu sein. Die Ökologieprobleme sind mitlerweile so allgegenwärtig im Alltag und scheinen doch so wenig veränderbar geworden zu sein, daß in diesen Betrachtungsweisen eigentlich alle immer nur betroffen sein können. Das dabei `Gegner' völlig verschwimmen, versteht sich von selbst. Der fortwährende Apell von `Ökologen' an die herschenden und beherrschten Klassen einen nicht ganz so unsinnigen, verschwenderischen und umweltgefährenden Umgang mit endlichen Natureserven zu forcieren, wird von diesen mit einem freundlichen Kopfnicken für das eherenwerte Anliegen und einem etwas hilflosen Achselzucken quittiert: Wer kann schon morgens um 7 Uhr auf dem Weg zur Arbeit aus seinem im Stau stekkenden Auto steigen? Dabei ist allen bewußt, daß in der Tat ökonomischere Formen des Ressourcenmanagements in einer post-modernen Industriegesellschaft denkbar sind. Die darin enthaltene Unterstellung, daß es sich bei der Natur um ein "knappes Gut" handele, ist ja auch deshalb so gnadenlos plausibel, weil sich jeder dabei an die herrschenden Marktmechanismen erinnert fühlt: Dort läßt ein über das Spiel von Angebot und Nachfrage sich verknappendes Gut nur den (Tausch-) Wert desselben steigen. Das mag mit ein Grund für die große Symphatie für die Forderungen der konventionellen Naturschutzverbände sein, immer mal wieder ganze Gebiete, für die aktuell kein anderweitiges Nutzungsinteresse geltend gemacht wird, als Naturschutzreservate auszuweisen. Warum sollte es in einer Gesellschaft, die ihren Naturgrundlagen als freies Gut bislang noch keinen Preis zumessen und damit keinen besonderen Stellenwert einräumen konnte, nicht bestimmte Gebiete als "Naturschutzmuseen" geben, von denen Menschen zunächst einmal ausgesperrt sind. Dadurch erhalten diese Gebiete endlich einen Wert, z.B. als touristische Sehenswürdigkeiten, die gegen die Entrichtung eines Preises betrachtet werden können. Die Subsummierung von ehemals freien Gütern unter das Wertverhältnis regt im übrigen zumeist die menschliche Phantasie ungemein an: Wie oft habe ich mir schon gewünscht mit einem PS-starken Cross-Motorrad durch ein `unberührtes' Naturreservat heizen zu können. Allerdings verstößt das vermutlich gegen die mit der Ideologie der knappen Güter korrespondierenden gewissenhaft lustfeindlich-puritanischen Moral der Umweltschützer. Der Imperativ Umweltschutz gebietet es den Öko-Spießern geradezu, derartigen Phantasien unter dem Motto: "Das gehört sich nicht!" eine drastische Abfuhr zu erteilen. Und wer das nicht hören mag, wird unter dem Beifall der Öffentlichkeit, wenn notwendig mit der ganzen Strenge juristisch-adminstrativer Maßnahmen für sein erklärtermaßen ökologiefeindliches Verhalten bestraft.

Die Ökoalternativ- und Naturmuseumsvorschläge haben sich, indem sie sich in die kapitalkonforme Verwertungslogik wohl- und gutgemeint hineingedacht haben, von einer möglichen politischen Kraft die versuchen würde eine grundlegende Änderung des Mensch-Natur-Verhältnisses zu erkämpfen, längst entkoppelt. Die zumeist akademisch geschulten Ökologen wollen da lieber nix aus dem Ruder laufen lassen. Und so proklamieren sie `Gewaltfreiheit' der für sie eine andere Umschreibung für Gesetzesgehorsam ist. Dieser dient ihnen dann dazu, sich mit der herrschenden Macht über die "Ökologieprobleme" in den dafür vorgesehenen Formen zu verständigen. Da jedoch der Ökohorror weder mit moralischen Maßhalteappellen noch mit juristischen Fußangeln ausgetrickst werden kann, folgt aus der allseits anerkannten, weil unbestritten plausiblen Erkenntnis, daß z.B. die Müll- oder Individualverkehrssituation gesamtgesellschaftlich eigentlich irrational ist, auf der faktischen Ebene lediglich, daß es alles so weiter geht wie zuvor auch. Warum sollte sich auch etwas ändern, wenn niemand da ist, der versucht diese Änderung zu erzwingen? Und so führt diese Situation zu dem Paradoxon, daß alle mehr oder weniger um die "dramatische Umweltsituation" wissen, sich (vielleicht) klammheimlich ein ganz anderes Verhältnis zur Natur wünschen und ansonsten sich mehr oder weniger bewußt oder gezwungen weiter am Va-Banque Spiel mit den natürlichen Lebensgrundlagen beteiligen müssen.

Warum es nach Tschernobyl keine Atomkatastrophe eines AKW mehr geben wird

Der GAU des AKW in Tschernobyl faßte mit seinen Folgewirkungen in der BRD mehrere Tendenzen zusammen. Einerseits bestätigte er alle bereits in den 70er Jahren aufgestellten Prognosen über die Unsicherheit und Verantwortungslosigeit des Betriebs von Atomanlagen. Seit Tschernobyl wissen alle, die Bevölkerung, Atomkraftgegner wie Befürworter, daß ein AKW nicht nur irgendwann theoretisch in 10000 Jahren vielleicht einmal durchgehen könnte, sondern schon heute oder morgen durchgehen wird. Diese Behauptung steht seit Tschernobyl nicht mehr unter Beweispflicht, da sie zur offenkundigen Tatsache geworden ist. Damit ist auch eine naturwissenschaftliche Beweisführung über die Gefahren der Atomenergienutzung überflüssig geworden, weil sie keinen Gegenstand mehr hat, an dem sie sich abarbeiten könnte. Da spätestens nach Tschernobyl alle um die realen Gefahren eines Betriebs einer Atomanlage wissen, müssen sie auch nicht mehr davon überzeugt werden. Das hat wiederherum zur logischen Folge, daß es in den Protesthandlungen eigentlich nur noch um die Entwicklung von Gegemacht zur praktischen Stillegung dieser Anlagen gehen kann. In der BRD wurden diese Ansätze zur Gegenmacht im Sommer 86 jedoch kurzerhand von den Bullen zusammen geschlagen. Tschernobyl hat auf der Ebene der Fortführung des Atomenergiesektors weder in der Welt noch in der BRD, mit einer relativ starken Anti-AKW Bewegung einen nennenswerten Einbruch bewirken können. Bundesdeutsche AKW's werden trotz Tschernobyl Tag für Tag weiterbetrieben, obwohl alle um die damit verbundenen nicht irgendwie mehr hypothetischen sondern faktischen Gefahrenpotenzen wissen und obwohl es sehr leicht möglich wäre sie durch andere Energieversorgungsformen zu ersetzen. Was soll damit gesagt werden?

Niemand dürfte sich eigentlich sonderlich über die nächsten größten AKW-Unfall mit vergleichbaren Folgen wie in Tschernobyl, und Umgebung - der ohne Zweifel kommen wird - überrascht und empört zeigen. Niemand kann mehr nach Tschernobyl die Behauptung wagen, daß ein derartiges Ereignis für ihn "unvorstellbar" sei. Das der Widerstand gegen die Atomenergienutzung in der BRD nicht so stark ist um diese Anlagen abzuschalten, hat nichts mit mangelnden Wissen um die Gefahren, als vielmehr mit einer mehr oder weniger gelungenen Verdrängung über dieses über den eigenen Kopf hängende Damoklesschwert zu tun. `Katastrophe' als Begriff macht jedoch nur einen Sinn, wenn durch ein unvorhergesehenes Ereignis etwas überraschendes und unerwartetes geschieht; etwas was den eigenen Alltag über den Haufen wirft. Die Katastrophe, die erwartet und damit kalkuliert werden kann ist jedoch keine. Insofern wäre das zu erwartende durchmelzen des nächsten AKW's zwar durchaus als schlimm, jedoch nicht als "Katastrophe" zu beurteilen. Sofern man der Ansicht ist, daß bereits der jetzige Zustand im Grunde genommen "eine einzige Katastrophe" sei, so würde daraus ja nur zu folgern sein, daß man allenfalls mittendrin leben würde. Und dieses mittendrin leben heißt auch immer: banaler Alltag und Verdrängung: Und im Kontext dieser Verdrängung fängt auch der Schreiber dieser Zeilen an, nüchtern darüber zu kalkulieren, was er machen würde, wenn z.B. in der BRD einfach ein AKW durchgehen würde.

Das Beispiel Tschernobyl beweist immerhin auch, daß die Annahme, daß nach einem Atom-GAU einfach nichts mehr ginge, schlicht falsch ist. Tschernobyl ist auch ein Beispiel dafür, daß es offenbar nicht unmöglich erscheint eine bestimmte - sicherlich immer unzulänglich bleibende und natürlich in jeder Hinsicht brutale und menschenfeindliche - Regulierung der eingetretenen Katastrophe mit relativen Erfolg zu betreiben. Zur Beruhigung einiger Emotionen schüttet man einfach irgend ein paar Materialen auf den offen liegenden glühenden Reaktorkern; man zieht dazu noch einen willkürlichen Sperrkreis mit einem Radius von 30 Kilometern um den durchgeschmolzenen Reaktor, schafft die dort lebenden Menschen weg und versucht ansonsten das ganze mit den entsprechenden staatlichen Zwangsmaßnahmen, juristischen, medizinischen und finanziellen Tricks unter Kontrolle zu halten. Alle Geigerzähler werden beispielsweise um den Faktor 100 oder 1000 höher geeicht, damit von diesem weit erhöhten Strahlenlevel aus, mit diesbezüglich um den gleichen Faktor erhöhten 'Grenzwerten' weiter gemessen werden kann. Die Katastrophe wird einfach durch bestimmte Regulierungsmaßnahmen in eine permanente Krise umgewandelt und kleingearbeitet, weil es 1. gar nicht anders geht und 2. alles ansonsten so weiter fortgeführt werden soll, wie vorher auch. Warum sollte soetwas nicht auch für die BRD funktionieren?

Im Jahre 1988 wurde in der Presse ziemlich breit über einen vertuschten Störfall und Beinahe-GAU im AKW Biblis aus dem Jahre 1987 berichtet. Meine ersten Gedanken dazu waren zunächst: "Ja, ist ja eigentlich klar, daß soetwas passiert" und im nächsten Schritt das raisonieren darüber, daß es mich in Berlin im Gegensatz zu den Frankfurtern nicht so direkt erwischt hätte. Eben, wenn's geknallt hätte, hätte man "eben Glück gehabt, was soll's." Um Biblis wäre vermutlich ein ähnlicher Sperrkreis gezogen worden wie um Tschernobyl, die Flüchtlingsbewegungen hätten sich

nach einer bestimmten Zeit beruhigt und wären in verschiedene Lager verteilt worden, der Bundespräsident hätte vor Fernsehkameras ein paar `mutigen Helfern' für ihre großartigen Entseuchungseinsätze die Hand geschüttelt; die Bundestagspräsidentin würde in einer Live über alle Rundfunksender übertragenen Rede von der Totenfeier in irgend einer festlich geschmückten Turnhalle mit stockender Stimme allen Hinterbliebenen ein "herzliches Beileid" übermitteln. Und während die Bundesregierung noch einmal eine Sichherheitsüberprüfung aller ohnehin schon sicheren BRD-AKW`s zur Fortführung ihres weiteren Betriebes angeordnet hätte, würden sich sozialdemokratische und grüne Politiker für "gerechte Entschädigungen aller Betrofffenen" einsetzen. Was auch sonst? Ohne Zweifel ist dieses Szenario inhuman, brutal und gemein, ist es aber damit auch unrealistisch?

Vermutlich würde ich nach einem Reaktorunfall in Biblis, der sich in seinen Folgen vielleicht in etwa mit dem in Tschernobyl vergleichen ließe in Berlin - sofern es mir mein Terminzettel mit anderweitigen Verpflichtungen gerade erlauben würde - auf eine polizeilich angemeldete und erlaubte Großdemonstration gegen die weitere Nutzung der Atomenergie gehen. Allerdings würde ich mich fragen, was eigentlich mit dieser Demonstration ausgedrückt werden soll: Das ich eigentlich schon immer gegen AKW's war, brauche ich mir nicht noch einmal zu beweisen. Die große Mehrheit der Bevölkerung wußte ebenfalls vorher um die AKW-Gefahren und braucht insofern nicht mehr davon überzeugt werden. Fakt ist vielmehr aber auch, daß sie trotz dieses Wissens letztlich - sicherlich mit vielen guten Gründen - genausowenig zur Stillegung dieser Dinger unternommen hat wie ich. Und das Atomkraftgegner mit ihren Warnungen vor den Gefahren der AKW's nochmal auf grausige Weise bestätigt worden sind, ist für die Bevölkerung in der Zone um Biblis - für die ohnehin nur noch Konkursverwaltung betrieben werden kann - bedeutungslos. Zudem ist realistischerweise anzunehmen, daß weder diese noch andere Anti-AKW-Demonstrationen einen nennenswerten Einfluß auf die weitere Fortführung des AKW-Programms werden ausüben können. Warum also noch demonstrieren gehen? Eine gute Frage, die in diesem Falle nicht beantwortet werden kann.

Wo soll das eigentlich alles enden?

Mein Umgang mit der Ökologiefrage hat verblüffende Wandlungen durch gemacht: Ende der 70er jahre habe ich mich daran in dem Sinne politisiert, als daß ich den herrschenden Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen als zutiest inhuman, aggressiv und verbrecherisch empfunden habe. Es schien mir es mehr als notwendig zu sein, sich dagegen politisch organisiert zur Wehr zu setzen. Der Kampf gegen AKW's wurde zu einem Sinnbild dafür, einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit der Natur gegen mächtige Interessen und Gegner durchzusetzen. In der Öffentlichkeit redete man sich den Mund über die Frage fusselig, wie wahrscheinlich es ist, daß ein AKW durchschmilzt. Die Befürworter stritten alles ab, whärend Atomkraftgegner alles in Zweifel zogen und das Schlimmste prognostizierten. Es existierte zu der Zeit eine relativ klare politische Polarisierung in die Front der Linken, Alternativen und Umweltschützer auf der einen und die kapitalistischen Wachstumsfanatiker auf der anderen Seite. Von der Thematisierung der AKW-Gefahren war es nur ein kleiner Schritt, um bereits lange existierende Umweltprobleme in anderen Lebensbereichen wahrzunehmen. Sie schienen sich auch zu Beginn der 80er Jahre an allen Ecken und Enden zuzuspitzen: Alles drohte ins Rutschen zu geraten, der Wald starb immer schneller, Schadstoffe der Woche machten in den Lebensmitteln Furore, die Chemiegefahren eplodierten und Seveso war in der Tat überall. Ab 1980 wurde der "GLOBAL 2000"-Bericht mehrere 100000 mal mit dem Werbeslogan: "Die ökologische Zukunft wird schwärzer als es sich der alternativste Umweltschützer vorzustellen vermag" - verkauft. In Nachfolge zu dem `Club of Rome'-Bericht, der zu Beginn der 70er Jahre erschienen war, rechneten Wissenschaftler im Auftrage des US-Präsidenten, Trends zur weltweiten Umweltsituation in den nächsten 50 Jahren hoch. Gestützt auf eine umfängliche Datenbasis, die ihnen von solchen ehrenwerten Institutionen wie z.B. dem CIA zur Verfügung gestellt worden war, wurden auf über 1500 Seiten minutiös aktuell laufende Entwicklungen der Umweltverwüstung zu der grausigen Prognose verdichtet, daß das Tempo des Ökohorrors in den nächsten Jahrzehnten kaum umzukehren sei. Immerhin spricht es für den Realismus imperialistischer Yankee-Wissenschaftler, daß sie aus ihren Analysen keineswegs fatalistische Schlüsse zogen, sondern sie unter dem Gesichtspunkt diskutierten, wie die "führende Rolle der USA in der Welt" auch in Zukunft unter den sich dramatisch verändernden Bedingungen aufrecht erhalten werden kann. Nichts desto trotz verstärkten derartige Berichte insgesamt in der Öffentlichkeit eine apokalyptische Grundstimmung. Und vor dem kurz bevorstehenden Untergang der Menscheit wurden auf einmal alle Katzen grau, wer ist in diesen Szenarien eigentlich noch der Gegner? Schon damals gab's zeitweise in der Wahrnehmung so'ne Mischung aus stiller Verzweifelung, obgrund der Hoffnungslosigkeit dem Ökohorror noch entkommen zu können und banaler Verdrängung. Sonst wäre ja ein notwendiger Alltag nicht mehr auszuhalten und zu organisieren gewesen. Überhaupt Verdrängung: Sie ist eigentlich ein ganz passables Medium, um unter ziemlich beschissenen Bedingungen sich irgendwie nicht völlig unangenehm durchwursteln zu müssen. Daß permanente Vergenwärtigen einer im Prinzip kaum veränderbaren apokalyptischen Grundsituation ist für die eigene Stimmung nicht gerade förderlich und macht letztendlich handlungsunfähig. Und wenn ich mir den weiteren Verlauf der 80er Jahre hinsichtlich des Ökohorrors betrachte, dann kann ich feststellen, daß 1. das Ausmaß dieser Verdrängung - von kleinen Ausnahmen wie z.B. Tschernobyl abgesehen - ständig zugenommen hat und ich 2. eigentlich damit in meinem Psycho-Haushalt relativ gut gefahren bin. Was bleibt, ist eine fatalistische Egal-Haltung.

Damit hängt vermutlich auch zusammen, daß mich seit geraumer Zeit Ökohorrormeldungen zumeist eher langweilen. Früher hatte ich noch immer gedacht, daß solche Meldungen "aufrüttelnd" oder gar "kritisch" seien, daß sie vielleicht etwas "bewegen" würden... - Pustekuchen. Das einzige was mich auf diesem Gebiet noch hin und wieder antörnt, sind ein paar reichhaltig bebilderte Illustriertenberichte: Wenn die besten Profi-Fotografen der Welt vor dem Hintergrund einer abgebrannten Amazonasfläche und einer von Rauchschwaden verdunkelten Sonne einen fertig gemachten Indianerstamm mit satten Farben und gelungenen Contrasten abbilden, sind diese Bilder eine ästethische Augenweide, die ich mir als Hobbyfotograf immer wieder gerne anschaue.

Wie gesagt: Der Ökohorror langweilt mich - so lange er mich nicht unmittelbar betrifft. Mit "unmittelbar betreffen" ist gemeint, daß ich gezwungen wäre, meinen Alltag zu ändern. Aber dieses "Alltag ändern" ist auch leichter gesagt als getan: Im dem Falle, wo es darum geht, unmittelbare Konsequenzen aus dem Ökohorror ziehen zu sollen, stürzt mich das zumeist in eine große Konfusion. So wollte ich z.B. einmal an einem schönen himmelblauen Sontag mit dem Fahrrad an einen See fahren. Kurz bevor ich mich auf den Weg machen wollte, wurde über Radio durchgegeben, daß man aufgrund der außerordentlich hohen Ozonbelastung in der Luft nach Möglichkeit zu Hause bleiben bezw. größere körperliche Anstrengungen im Freien meiden solle. In meiner Irritation hab'ich mich dann davon abhalten lassen los zu fahren, was vermutlich genauso verkehrt war, als wenn ich mich doch auf den Weg gemacht hätte. Jedenfalls hab'ich mich total geärgert.

Ansonsten fällt mir derzeit nichts, aber auch überhaupt nichts mehr zur Lösung der Ökologieprobleme ein. Immer wieder von neuem fallen Erkenntnis mit diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten zur Lösung eines erkannten Problemes auseinander. Man stelle sich einmal folgendes Szenario vor: Im Prinzip ist davon auszugehen, daß so gut wie alle ganz praktisch und unmittelbar erfahren, daß der Individualverkehr nicht nur täglich ein Schlachtfest auf den Straßen mit tausenden von Toten und Verletzten anrichtet, Menschen mit dem Lärmterror in die Verzweifelung treibt und uns in den Städten sprichwörtlich die Kehle zuschnürt. Um dieses erkannte Problem zu lösen, würden Gruppen damit beginnen systematisch ein unterschiedsloses Abfackeln von Autos zu organisieren. Es gehört nicht viel dazu, um sich den Orkan der Entrüstung in der Stadt Berlin vorzustellen, der nicht nur allein von den deformierten "Ick gloob ick spinne" - Berlinern getragen würde sondern auch Ökologen und Linke umfassen würde. Die Ökologen würden empört darauf hinweisen, daß schon allein das unkontrollierte abbrennen von Autoreifen die Umweltbelastung durch das Freiwerden, z.B. von Chlordibenzufulsuranen in unzumutbarer Weise erhöhen würde. Die Linken würden erbittert die Interessen der kleinen Leuten zu verteidigen wissen, die nun lange Jahre auf der Maloche hätten ihren Puckel krumm machen müssen, um in den Besitz eines PKW zu gelangen. Darüber hinaus sei ein derartiges Unternehmen völlig unpolitisch, würde in jeder Hinsicht mit den Malocherautos die "Falschen" treffen, und überhaupt brauche man zur Lösung dieses Problemes ganz andere, am besten "umwälzende Strategien.", die "Produktion" setze noch allemal den Konsumenten und nicht umgekehrt. Recht haben sie, die Linken und davon abgesehen, würde der Verfasser dieser Zeilen sein eigenes Motorrad auch nicht abfackeln. Und so bleibt alles unverändert, vertraut und unzumutbar wie es jetzt schon ist. Ein Teufelskreislauf also, an dem eigentlich alle mit guten Argumenten und wohlbegründeten egoistischen und selbstzerstörischen Interessen mitdrehen. Und so kommt es, daß ich mit einem diffusen Fortschrittsoptimismus ausgestattet, zustimmend irgendwelche gesamtgesellschaftlich plausiblen Alternativgutachten über die umweltfreundliche Verkehrsituation im Jahre 2050 konsumiere, nachdem ich mal wieder mit meinem Motorrad voller Genuß mit Tempo 150 KmH über die Landstraßen - wenn auch irritiert durch die vielen Straßenbäume - und durch die Dörfer der Mark Brandenburg gerast bin.

In meiner Wohngemeinschaft wird sorgsam auf getrenntes Müllsammeln geachtet, obwohl wir alle wissen, daß es genauso witzlos ist, wie der Appell an die "Konsumenten" endlich anzufangen, umweltbeußt zu konsumieren, obwohl bei denen eigentlich schon alles aufhhört. Die überhöhten Preise in irgendwelchen makrobiotischen Müsliläden gehen mit schon lange auf den Zeiger. Über die Grünen Reformdemokraten mit ihren Vorschlägen aus der Gartenzwergperspektive kann ich nur lachen. Einzig und allein der Öko-Multi Greepeace nötigt mir einigen Respekt ab. Der hat's mit einem technisch ausgefeilten, zentralisierten und effektiv arbeitenden Aktionsmanagement geschafft, aus dem Ökohorror ein profitables Unterhaltungsgeschäft aufzubauen. Wenn man sich das Spendenaufkommen von Greenpeace in den letzten Jahren anguckt, dann kommt man nicht umhin festzustellen, daß dieser Laden eine einzige Goldgrube ist - der Ökohorror läßt bei Greenpeace die Kassen klingeln. Greenpeace weiß, wie man mit geschickten Werbestrategien Kohle aquirieren kann: Z.B. damit, indem man durchgestylte Transparente mit dem eingetragenen Warenzeichen der Organisation von hohen Schornsteinen flattern läßt. Es ist eine geradezu geniale Idee, noch nicht erschlossene graue Schornsteine als Werbeflächen für Unterhaltungsreportagen in Illustrierten zu erschließen. Bei Greenpeace gibt`s auf der Managerebene dufte bezahlte Job's mit dem Hauch von Nervenkitzel und Medienabenteuer. Wer träumt nicht auch mal davon, einen tollen Ausblick von einem Schornstein zu genießen, auf den er sich sonst niemals 'raufgetraut hätte oder auf tollen Schiffen mittendrin zwischen aussterbenden Walen, abgeschlachteten Robben und der Antarktis herumzutouren.

Wir leben in einer Zeit in der die Ökologiefrage selbstverständlichests Anliegen aller herrschenden Institutionen und Charaktermasken geworden ist. Kurz bevor Alfred Herrhausen in seinem katalysatorbetriebenen Daimler von der RAF in die ewigen monetären Weltmärkte geschickt worden ist, setzte er sich noch in einem Interview ganz vehemment für den Schutz der Umwelt ein. Auf die Frage seines stichwortgebenden Interviewpartners was das für ihn konkret heiße, meinte er, daß er sich schon ein paar Tricks ausgedacht habe, um die Brasilianer daran zu hindern, weiter unseren Amazonasurwald kaputt zu machen. Alfred hat dieses Thema so eloquent 'runtergelabert, das mir ganz warm ums Herz wurde, zumal ich weiß, daß solche Typen im Gegensatz zu den Linken nicht nur reden sondern auch handeln. Ohne Zweifel ist das Ökologiethema den Linken in den letzten Jahren enteignet worden. Verbal integrieren, tot- und breitquatschen ist auch eine Methode unbequemen Themen den rebellischen Stachel zu ziehen und den Leuten die Köpfe zu waschen. Aber abgesehen einmal davon, daß es immer richtig ist, denen da oben nichts zu glauben bezw. ihnen das Schlimmste zu unterstellen, lockt das an dieser Frage auch keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.

Bleibt hinsichtlich der Ökoprobleme allenfalls noch das Prinzip Hoffnung, mit dem man sich als Linker immer noch versucht an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Immerhin erklären nach allen Umfragen aus den letzten 10

listischen Zentren jenseits von gut und böse gewesen, die "Entwicklung der Produktivkräfte" "kritisch" zu hinterfragen"? Vielleicht ist es auch so, daß es erst zweier historischer Erfahrungen bedurfte, daß die heutige Generation von RevolutiorInnen ein "neues" Verhältnis zu den Produktivkräften entwickeln konnte: einerseits die massenhafte Verwandlung der Produktivkräfte in Destruktivkräfte, andererseits die traumatische Erfahrung der "Kosten" einer "ursprünglichen 'sozialistischen' Akkumulation in der Sowjetuinion?

Und noch eine andere Sache ist mir in den Sinn gekommen. Die Art und Weise, wie Lenin kritisiert wird, wiederholt nur - allerdings spiegelbildlich verkehrt- den Fehler der seligen K-Gruppen. Ideologische/theoretische Aussagen wurden ihrer historischen Bezogenheit entkleidet und als allgemeingültige Wahrheiten zu Markte getragen - oder, wie in diesem Fall, auf den legendären Misthaufen der Geschichte geworfen. Zufällige Verwandschaft?

2. Zur Marx-Kritik

Aber es hat im Grunde keinen Sinn, über Lenin zu streiten, wenn frau/man sich schon nicht über Marx verständigen kann. Der Kern der ganzen Differenzen liegt m.E. in folgender Fragestellung:
Ist der Sozialismus/Kommunismus an bestimmte historisch-gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden oder ist er "jederzeit machbar"? (Wahrscheinlich ist auch kontrovers, was unter 'Kommunismus' verstanden wird. Die in Autonomie 14 häufig genannten Begriffe 'soziale Subsistenz' und 'Existenzrecht' fallen m.E. inhaltlich weit ~~dem~~ hinter zurück, was ich bei Marx z.B. unter 'freier Assiziation der Individuen' etc. verstanden habe).
Die 'geschichtliche Determiniertheit' des Kommunismus ist für Marx völlig klar. Er schreibt z.B. in den Grundrissen'(S.77):

"Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche der bestehenden Gesellschaft Donquichoterie."(Zit nach Rosdolsky,Entstehunggeschichte,S.499)

Warum dies nach Marx so ist, wird in der "Deutschen Ideologie sehr gut auf den Punkt gebracht:

"Diese 'Entfremdung' ... kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine 'unerträgliche' Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus 'Eigentumslos' erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft - einen hohen Grad ihrer Entwicklung voraussetzt - und andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel, die Notdurft verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit

um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte ...(S.39) (Hervorhebung von mir)

Mit anderen (schlechteren) Worten: Durch die Entwicklung der Produktivkräfte wird die gesellschaftlich-notwendige Arbeitszeit zur Reproduktion auf ein Minimum reduziert, so daß durch die Verallgemeinerung des Reichtums der triste Alltagskampf um die bloße Existenz (!) vergangener Zeiten angehört. Und damit auch (Hoffentlich!) alle sozial-psychischen Charakterprägungen des bürgerlichen Individuums (Neid, Destruktivität, latente bis offene Unterordnung unter sachliche und persönliche (Schein)-Autoritäten aus Angst vor Freiheit/Isolationetc.)
Marx nun 'vorzuwerefen', bei ihm fänden sich "nahezu alle Ingredenzien des späteren Marxismus oder der Marxismen"(s.6), beruht m.E. auf der bloßen Identifzierung, daß z.B. Stalin und Marx dieselben Wörter, nicht eine Sprache, benutzten. Marx jedenfalls scheint mir weit entfernt davon zu sein, die Produktivkräfte zu fetischisieren oder als verdinglichten Selbstzweck zu verherrlichen. Sie sind bei ihm bloße Mittel zum Zweck, sie sind notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzungen der Entwicklung der 'freien Individualität'.Dies wird besonders deutlich, wenn er die Menschheitsgeschichte in drei Stufen einteilt:

"Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf sachlicher Abhängigkeit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst das System des allgemeinen gesellschaftlcihen Stoffwechsels, der universellen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität und die Unterordnung (!!!) ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten." ('Grundrisse',S.75/76, zit. nach Rosdolsky, S.488, Hervorhebung von mir)

Was ich nun zu gerne verstehen möchte, ist, wie der 'Kommunismus' als gesellschaftlicher Zustand verwirklicht werden kann, ohne die genannten materiellen und geistigen Voraussetzungen. Vielleicht ist es meiner politischen Sozialisation und der mit ihr verbundenen 'Blickschranke' zu verdanken, aber weder in der Autonomie 14 noch in dem Papier von J. habe ich auch nur eine Andeutung gefunden, wie sie sich den Kommunismus "praktisch" vorstellen. Ganz direkt gefragt: Ist er tatsächlich als "Lokalität"(Marx) bei noch ganz unterentwickelten Produktivkräften denkbar?

Gegen Marx wird noch ein zweiter 'Vorwurf' erhoben, der sich aus der Verabsolutierung der Produktivkräfte ergeben soll: die 'Klasse'(wer immer das sein mag) werde beim ihm zum bloßen Objekt der Geschichte degradiert, habe keinerlei revolutionäre Subjektivität, weil sie 'nur' die objektive historische Tendenz nachzuvollziehen habe. Diese 'Kritik' halte ich für ziemlichen Unsinn. Das kommt mir so vor, als ob jemand seine Subjektivität nur dann beweisen könne,

wenn sie/er die Gesetze der Schwerkraft ignoriere und unbeschwert von einem Baum springe.

Die 'geschichtliche Determiniertkeit' des Kommunismus ist m.E. bei Marx nicht so zu verstehen, daß er zwangsläufig und ohne das Zu-Tun der Menschen möglich ist. Geschichtliche Voraussetzungen sind eben nicht gleichzusetzen mit Zwangsläufigkeit, dies war das "grobe Mißverständnis" der reformistischen Sozialdemokratie oder der stalinistischen 'objektiven Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus'.

Bei Marx finden sich ganz im Gegensatz zur Annahme des Verfassers (J) nahezu alle 'Ingredenzien' der tätigen Subjektivität der ArbeiterInnenklasse.

Noch einmal aus der "Deutschen Ideologie":

"Schließlich erhalten wir noch folgende Resultate aus der entwickelten Geschichtsauffasung: 1. In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte (Maschinerie und Geld) - und was damit zusammenhängt, daß eine Klasse hervorgerufen wird, welche alle Lasten der Gesellschaft zu tragen hat, ohne ihre Vorteile zu genießen, welche aus der Gesellschaft herausdrängt, in den entschiedensten Gegensatz zu allen anderen Klassen forciert wird; eine Klasse, die die Majorität aller Gesellschaftsmitglieder bildet und von der das Bewußtsein über die Notwendigkeit einer gründlichen Revolution, das kommunistische Bewußtsein ausgeht, das sich natürlich auch unter den anderen Klassen vermöge der Anschauung der Stellung dieser Klasse bilden kann; 2. daß die Bedingungen, innerhalb deren bestimmte Produktionskräfte angewandt werden können, die Bedingungen der Herrschaft einer bestimmten Klasse der Gesellschaft sind, deren soziale, aus ihrem Besitz hervorgehende Macht in der jedesmaligen Staatsform ihren praktisch-idealistischen Ausdruck hat, und deshalb jeder revolutionäre Kampf gegen eine Klasse, die bisher geherrscht hat, sich richtet. 3. daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andre Distribution dieser Tätigkeit, um eine neue Verteilung der Arbeit an andre Personen handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt, weil sie durch die Klasse bewirkt wird, die in der Gesellschaft für keine Klasse mehr gilt, nicht als Klasse anerkannt wird, schon der Ausdruck der Auflösung aller Klasse, Nationalitäten etc. innerhalb der jetzigen Gesellschaft ist; und 4. daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden."(S43-45)

Diese vier Punkte 'widerlegen' nicht nur die 'Vorwürfe' gegen Marx. Sie sind auch hervorragend geeignet, eine Grundlage für die Kritik am Stalinismus (und der schlechteren Hälfte (?) Lenins und Trotzkis(!) zu bilden.

Aber jetzt habe ich keine Lust/Luft mehr.



Es ist zu spät!

Auch wenn es ehrenhaft ist und zeigt, daß nicht alle MitgliederInnen der BürgerInnenbewegung in dem Deutschtaumel mitschwimmen. Die Neubesetzung des Stasi-Gebäudes Ruschestraße Berlin/Ost kommt zu spät. Und die die eine Mitschuld haben an der Verschleierung und Vernichtung und Verschleppung von Stasi-Akten, sind gleichzeitig die Opfer und zum Teil WiederbesetzerInnen. Wer hat beim ersten Sturm der Stasi-Zentrale zur Mäßigung aufgerufen, wer hat sich als Hilfspolizei zur Verfügung gestellt ? Wer hat die aufgebrachte Menge wieder aus den Gebäuden gelockt, wer hat verhindert, daß die Akten aus dem Fenster flogen und der ganze Scheiß in Flammen aufging ? - Der Runde Tisch und dessen AnhängerInnen.

Wer einmal den Volkszorn kanalisiert hat in "demokratischen" Spielereien, brauch sich nicht über die jetzige Situation wundern. Es ist schon makaber, daß die BesetzerInnen des Stasigebäudes vom 4.9. die Offenlegung der Stasispitzel in der Volkskammer verlangen, andererseits ein Mitglied des Neuen Forum diese Liste in der Volkskammer mitbearbeitet hat und "demokratisch" seine Schnauze hält. Auch zeigt die Forderung, die Akten zu Händen der Länderparlamente zu übergeben, wieder einmal die Fehleinschätzung des Kapitalsystems und der bürgerl. Demokratie. Der Affentanz der jetzigen Volkskammer wird in den Länderparlamenten weitergehen. Ein leichtes wird es sein, Bestimmungen zu finden oder bestehende zu nutzen, die eine spätere Übergabe an die Verfassungsschutz-Zentrale ermöglicht.

Es nützt auch nichts, die Stasiakten zu fordern, ohne auf das auf uns zukommende schlauer arbeitende System des Verfassungsschutzes und die Repressionsparagraphen im kommenden deutschen Reich aufmerksam zu machen, und den Kampf dagegen zu beginnen.

Ich kann mich an keine Solidaritätserklärung in den letzten Wochen und Monaten der BürgerInnenbewegung in der DDR erinnern, in der die Freilassung der politischen Gefangenen in der BRD gefordert wird. Wie entscheidend ist der alte Regen, wenn wir in der Jauche stehen? Lenkt es nicht von den sozialen Kämpfen und dem auf uns zukommenden Repressionsstaat ab ?

Es muß nicht! Wenn die Zerschlagung der Stasi die Grundlage zum Widerstand gegen das neue Spitzel- und Unterdrückungssystem wird. Dies muß aber so deutlich gesagt und dementsprechend gehandelt werden!

Auch hat die "demokratische" Arbeit der Auflösungskomitees die Verschleppung wichtiger Stasiakten in die BRD nicht verhindert. So finden die Verantwortlichen in der BRD die Neu-Besetzung der Stasizentrale auch nur "sehr lustig".

Eine Selbstkritik, sich auf scheindemokratische Strukturen, wie die der Auflösungskomitees, eingelassen zu haben, müßte eine Konsequenz der BürgerInnenbewegungen sein. Auch, daß wesentliche Entwicklungen in der Gesellschaft nicht deutlich mitbestimmt worden sind, und somit das Nichtinteresse der Bevölkerung an den BürgerInnenbewegungen nur allzu verständlich ist.

käthe kollwitz

Termine Termine Termine

Wir haben die ständigen Termine aus Platzgründen verschoben...

CHARLOTTENBURGER AKTIONSTAGE
ZU HÄUSERKAMPF UND WOHNUNGSNOT

So 16.9. Hoffest in der Nehring 34

Sa 22.9. Häuserkampf- und Wohnungsnotdemo
Breitscheitplatz 14°° Uhr

Do 20.9. Frauencafe als Auftakt für weitere Frauenaktionen
"Sowieso" Nehringstr. 34, ab 16°° Uhr

Fr 21.9. "Das Zögern ist vorbei!"
19°° Häuserkampf in Berlin- am 22.9.81 wurde Klaus
Jürgen Rattay bei einer Demo von den Bullen vor
einen Bus getrieben und überfahren./Marchstr. 23

Palästina

Actions- Tage

FOTO
ausstellung
" Ein Brief aus Jerusalem "
17.9. - 22.9.
Im Thomas Weißbecker Haus
Bln 61 Wilhelmstr.9
Palästina Büro 2518539
Einlaß ab 16 Uhr

Sa 22.9.
Das autonome/antiimp. Städtetreffen (BN, BI, F, W) zur Demo am 3.11. hat sich aufgelöst.Einige Menschen aus Wuppertal halten eine Weiterarbeit auch über einzelne Städte hinaus für wichtig und laden zu einem neuen Städtetreffen ein.
Infoladen Brunnenstr.41
Tel. Wuppertal/311790
11.00 Frühstück
13.00 Anfang
Übernachtungsmöglichkeit (bitte telefon. Anmeldung)

!!! KASSETTENWERKSTATT !!! KASSETTENWERKSTATT !!!

Wir planen regelmäßige Kassettenproduktionen zu den verschiedensten
men (z.B. Antifa, Frauen, Häuser, AusländerInnen, Literatur,
Schwule,... usw.) Dazu können sich dann die einzelnen Gruppen
bilden, die selbstbestimmt und selbstverantwortlich produzieren.

Die tech nischen Voraussetzungen sind bereits gewährleistet.

Cafe in der Brunnenstr.7 in Mitte

montags und donnerstags um 18 Uhr

jeden Tag
cafe suversiv
in der besetzten Brunnenstr. 7 (Mitte) ab 19.00

Do 13.9.90
20.00 VV wegen "Irak-Konflikt":Information und Diskussion wegen evt. Demo
Versammlungsraum, Mehringhof

Fr 14.9.
18.00 "Höher, größer, teurer?- Kein Freibrief für Olympia"mit AL-Kuhn und Mitgliedern des Olympiabüros im Stadttor, U-Bhf. Schles. Tor

So 16.9.
ab 11.00 **Straßenfest in der Pfarrstraße**

Mo 17.9.
19.00 Vorbereitungstreffen der Radikalen Linken zu einer Aktionswoche vom 3.-9.11.
Cafe "Linie 1", Th.-Weisbecker-Haus, Wilhelmstr.9

Di 18.9.
20.00 Treffen für diejenigen, denen am 1.5.90 bei Vorkontrollen Halstücher, Schals etc. beschlagnahmt wurden.(Es gab mehrere Strafbefehle aber auch Verfahrenseinstellungen)
im Raum des EA, Mehringhof, 1. St. rechts,Theateraufgang

20.00 ♀♀ und ♀♀♀ VV
Vorbereitung für einen starken internationalistischen ♀♀ und ♀♀♀ Block gegen Kapital und Patriarchat auf der 5-vor-12-Demo am 29.9.
Versammlungsraum, Mehringhof

Do 20.9.
9.15 Prozess gegen Jörn wegen 1. Mai 89. Vorwurf des besonders schweren Landfriedensbruch etc.
Amtsgericht Tiergarten

MIETEN – HÄUSER



DEMO

TREFF: U-BHF DIMITROFFSTR.

SA. 15.9. 13^{00}